

# DENK

# MA!!

## Exklusiv zur Veröffentlichung Eurer Meinungen!

Ausgabe Nr. 22

Vereinszeitschrift

Juli 2017

Massoud Harun-Mahdavi  
München

### Konsequenzen aus der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) in der Ära Trump

Die Vorstände des Vereins sind auch dieses Jahr mit viel Interesse und einer hohen Erwartung an die Referenten der Einladung des **Aktionskreis für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft (AKWPW)**, zum traditionellen Treffen im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz gefolgt.



Bild:  
Botschafter  
Wolfgang  
Ischinger  
MSC 2017

Die diesjährige MSC stand vor allem im Zeichen der neuen Außenpolitik der USA unter Präsident Donald Trump.

Alle Augen waren gerichtet auf das größte US-Team, das jemals bei einer Sicherheitskonferenz aus den USA anwesend war. US Senator John McCain - heute einer der prominenten Anti-Trump-Bekenner - führte, wie im vergangenen Jahr auch, diese Delegation an.

Botschafter Wolfgang Ischinger erklärte in seiner Rede, daß nach den turbulenten Ereignissen um die Amtsübernahme des US Präsidenten Trump, vorrangig das Kennenlernen, Vertrauen aufbauen und Klarheiten verschaffen, die Ziele dieser Konferenz seien. Denn Klarheit könne auch mehr Sicherheit für alle derzeit doch sehr verunsicherten Nato-Partner bedeuten. In seinen Ausführungen wies Botschafter Ischinger auch auf die Rolle anderer Staaten einschließlich Deutschlands

als Beitrag zur Sicherheit [Fortsetzung weiter auf Seite 2](#)

Wilhelm Dietl  
Cham

### Was erwartet uns in naher Zukunft?

Eine vernünftige Antwort auf diese kühne Frage zählt zum Undankbarsten, was wir uns derzeit vorstellen können. Undankbar - oder besser noch undenkbar?

Eine Wortklauberei. Egal. Die Berufsbezeichnung Demoskop ist längst nicht mehr geschützt und ähnlich negativ besetzt wie Politiker oder Journalist.

Beispiel. Seit dem 9. November 2016 schämt sich die ganze Branche, weil sie fast einstimmig Hillary Clinton als neue Präsidentin der USA prognostiziert hat. Eines der prominentesten Beispiele ist die große „New York Times“. Am Morgen des Wahltags sagte sie Hillary Clinton ein Ergebnis von 85 Prozent voraus. Erst während der Stimmabgabe drehte sich die Quote. Eine böse Pleite – für Hillary und genauso für die

Trendforscher. Die Gewissheit, [Fortsetzung weiter auf Seite 3](#)

Inhalt:	Seite
„Konsequenzen aus der Münchner Sicherheitskonferenz in der Ära Trump“, M. Harun-Mahdavi	1
„Was erwartet uns in naher Zukunft?“, W. Dietl	1
„Deutschland - der gehorsame Vasall“, P. Orzechowski	8
„Eindringlicher Appell an Kanzlerin Merkel + Antwort“, Mona Harun-Mahdavi	9/11
„Propaganda - die Lügen werden immer dreister“, P. Orzechowski	10
„Bayerisch-israelischer Freundschaftsabend im Bayerischen Landtag“, Der Vorstand	13
„Bericht aus Bustan Club“, S. Harun-Mahdavi	14
„Wahljahr hat begonnen“, Der Vorstand	14
„Newroz-Fest im Rathaus“, Der Vorstand	15
„50 Jahre im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“, H.-F. Frhr. v. Solemacher	16
Über den Herausgeber	16
Impressum	16

**Es ist ein gewöhnlicher Irrtum in der Politik, Mittel und Zwecke zu verwechseln!**

Thomas Babington Lord Macaulay

## „Konsequenzen aus der MSC 2017 .....“

*Fortsetzung von Seite 1*

hin und bestärkte ein oft veröffentlichtes Zitat mit den Worten „...aber die Bundesrepublik Deutschland entscheidet selbst wie hoch sie den Militär-Etat aufstocken würde .....“.

Dieser Hinweis bestärkt die Auffassung des Autors darüber, daß die USA ihre Machtposition wohl in Vorgesprächen schon durchsetzen konnte um die Nato-Partner, sowie die Europäische Union, dazu zu bringen ihre in den letzten Jahren stark reduzierten Militäretats drastisch zu steigern.

Außerdem wurde einmal mehr klar, daß sich die regionalen Mächte mal wieder herausnehmen, über die Zukunft anderer Länder zu entscheiden. In München würden die Delegationen von Saudi Arabien, Israel und Türkei sich vehement dafür einsetzen, daß im Zuge der vielen Strategien in der Syrienkrise, vordergründig der Iran politisch isoliert, destabilisiert und sogar mit direkten militärischen Angriffen in kriegerische Aktionen eingebunden wird.

Mitglieder der Trump-Administration sprechen offen von „Regime Change“ im Iran.

Die Frage die sich alle Politiker der Welt stellen sollten ist, ob eine neue Ausweitung des Krieges in Richtung Iran jemals eine friedenschaffende Lösung sein kann.

Alle drei genannten Regierungen stehen selbst im Blickfeld kritischer Menschenrechtsbeobachter und Pazifisten. Diese Länder sollten erst einmal vor ihrer eigenen Türe kehren, bevor sie Kriegsstrategien gegen andere Länder schmieden.

Wie man beobachten konnte, stammten diese Strategien wohl aus der Feder der Waffenlobby. Die jüngsten milliardenschweren Verträge für Waffenlieferungen in diese von Krisen gebeutelte Region ist wie Öl ins Feuer zu gießen.

Experten sind sich einig, ein bedingungsloser Frieden in Syrien wäre kein Gewinn für die strategischen Ziele Saudi Arabiens, Israels und der USA. Folglich müssen wir uns noch auf eine längere Auseinandersetzung der Parteien in Syrien und in der gesamten Region einstellen. Außer, es gelingt Europa sich von der Politik der USA zu emanzipieren und sich auf die Seite der Länder zu stellen, die in erster Linie ihre Zukunft in einer friedlichen Lösung der Krise sehen.

Heute werden wir Zeuge dessen, daß Mitglieder des Europäischen Rates von Kanzlerin Merkel mehr Durchsetzungsvermögen und Selbständigkeit bei den G20-Verhandlungen gegenüber Donald Trump erwarten.

Beim Vortrag des Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG Dr. Paul Achleitner wurde weiter-

hin sichtbar, daß Teile der Wirtschaft in ähnlicher Haltung wie die Politik, noch mehr Rückendeckung im aktuellen Weltwirtschaftskampf, ganz besonders inbezug auf Rechtswillkür und einer offensichtlich praktizierten Protektionismus der US-Regierung sich wünschen würden.



Im Bild rechts:  
Dr. Peter Achleitner,  
Vorsitzender des  
Aufsichtsrats der  
Deutschen Bank AG

Dabei wurde auch die Rolle der Presse in Deutschland unter die Lupe genommen. Der Referent hat ohne direkt darauf hinzuweisen aber deutlich moniert, daß selbst die einheimische Presse sich darauf beschränkt hatte die Berichterstattung auf der Schiene der US Regierung zu führen. Er sagte, „.....in der Presse ist stets über Strafzahlungen der Deutschen Bank verwiesen worden, wobei die Deutsche Bank bis heute keine Strafe aufgetragen bekommen hätte. Vielmehr will die Deutsche Bank durch Vergleichszahlungen einer Gerichtsverhandlung ausweichen, die deutlich mehr kosten und vor allem aufgrund der unklaren Situation und der unsicheren Rechtslage im Ergebnis unberechenbar wäre...“. Er wies im Vergleich auf die Situation der Barclays Bank in Großbritannien hin. Diese hat mit Rückendeckung der britischen Regierung nicht auf die Aktionen der USA reagiert und die US-Behörden vor die Wahl gesetzt gegen sie zu klagen.

All diese Momente zeigen doch auf, daß der große Wirtschaftskrieg schon längst im Gange ist und sich die Befürchtungen der Experten langsam zu bewahrheiten scheinen.

Außerdem wurde klar, daß Europa **nur** als eine starke Einheit in der Lage sein wird in einer sogenannten „Neuen Weltordnung“ umgeben von politischen Unwägbarkeiten zu bestehen.



Bild links:  
Der Vereinsvorsitzende Massoud  
Harun-Mahdavi bei der MSC

*Fortsetzung weiter auf Seite 3*

**In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.**

Aurelius Augustinus (354-430)

## „Konsequenzen aus der MSC 2017 .....“

Fortsetzung von Seite 2

Diese Einheit gilt es mit aller Macht zu verteidigen und zu bestärken.

Der Vorstand des Vereins bedankt sich ganz herzlich bei Botschafter Ischinger für dessen persönliches Engagement um auf politischem Wege die Grundlage für Sicherheit und Frieden in der Welt zu sichern.



Bild oben:

Veranstaltung im Rahmen der MSC mit Frau Prof. Männle von der Hanns-Seidel-Stiftung mit Podiumsdiskussion in der Karmelitenkirche zur Zukunft der Christen im Nahen Osten.

## „Was erwartet uns .....“

Fortsetzung von Seite 1

dass Clinton nach absoluten Stimmen gewonnen hat, aber die Wahlmänner nicht überzeugen konnte, änderte nichts am Debakel. Wenn die professionellen Hellseher nun alle ihren Beruf wechseln wollten, wäre dies sicher eine nicht gerecht-fertigte Überreaktion. Zum Trost geben wir ihnen einen Merksatz mit auf den Weg:

Prognosen sind äußerst schwierig, vor allem wenn sie mit der Zukunft zu tun haben!

Da fällt mir noch ein Beispiel ein: Ein Mathematiker namens Thomas Malthus sagte 1798 das Ende der Zivilisation voraus. Die Menschheit, so fand er heraus, wachse schneller als das Angebot an Lebensmitteln. Er wusste noch nichts von Traktoren und Pflanzenschutzmitteln. Auch eine Revolution für sich.

Im Sommer 2014 stellte Alexander Dobrindt, ja, der mit der Maut, eine Zukunftsstudie von mehreren 100 Seiten vor – die Verkehrsprognose 2030. Zwei seiner wichtigsten Zahlen sagen, dass es in Deutschland im Jahr 2030 zehn Prozent mehr Autos geben wird als heute und 65 Prozent mehr Menschen das Flugzeug nutzen werden. Hoffentlich geht es dieser Studie nicht so wie der zur Jahrtausendwende vorgestellte „Verkehrsprognose 2015“. 50 Millionen Pkw wurden für die deutschen Straßen vorausgesagt. Bis 2014 brachten wir es auf

gerade 44 Millionen. Anstelle der geplanten 250 Millionen Fluggäste blieb der Zähler bei nicht ganz 175 Millionen stehen. Der SPIEGEL schrieb damals: „Das Einzige, was tatsächlich eintraf, war der nächste Prognoseauftrag.“

Eingedenk dessen, werden wir heute noch vorsichtiger damit umgehen als je zuvor. Es tut ja auch diesem ganzen Vorausschau-Geschäft nicht gut, wenn es all diese neuen, garstigen Modewörter in die Analyse mit einbeziehen muß:

- **Lügenpresse**
- **Postfaktische Welt**
- **Populismus**
- **Social Media Kompetenz**

Was Lügenpresse ist, oder besser sein soll, das haben Sie längst dem Vorwürfe-Katalog des rechten Lagers entnommen. Wie so oft, ist der Begriff nicht ganz grundlos entstanden, verbreiten doch viele Medien heute mehr Meinungen als Fakten, beanspruchen ein Monopol auf die Wahrheit. Ich denke, viele tun dies nicht absichtlich, weil sie die bitteren Konsequenzen noch nicht spüren. Oder wenn doch, dann viel zu spät. So kam die Lügenpresse in den deutschen Mode-Wortschatz.

Viel ernster ist die „**postfaktische Welt**“. Postfaktisch bedeutet, dass Behauptungen nicht unbedingt stimmen müssen. Mit Gefühlen vermischt, werden sie als eine neue und modische Form der altmodischen Wahrheit akzeptiert. Ganz schön gefährlich, wenn Stimmungen und Spekulationen in Realität umgedeutet werden. In den USA kann man damit Präsident werden. Schon vor 30 Jahren hieß es bei amerikanischen Wahlkämpfen, dass Realität nur das ist, was man empfindet. Da horchte aber noch keiner so genau hin.

Bei der Bundestagswahl im September 2017 steht uns diese Erfahrung noch bevor. Wir werden es 2017 mit viel automatisierter Propaganda zu tun bekommen, mit hartnäckig und flächendeckend verbreiteten Lügen, zu denen sich anschließend niemand mehr bekennen wird. Studieren Sie diese Streubomben des Informationszeitalters an den Beispielen BREXIT und Donald Trump. Ein Horror, wenn jemand noch ein bisschen an Fairness glaubt.

Das bringt uns mitten in die politische Landschaft. Ob national oder global, der Populismus ist auf dem Vormarsch. Plötzlich, unerwartet und tödlich für politische Strukturen, wie wir sie zeitlebens kennen. Populismus bedeutet, dem Volk nach dem Mund reden, auch wenn dies noch so primitive Instinkte weckt. Populisten lehnen die bestehenden Eliten ab und geben vor, das eigentliche Volk zu

sein. Dadurch wird eine

Fortsetzung weiter auf Seite 4

**In dir muss brennen, was du in anderen entzünden willst.**

Aurelius Augustinus (354-430)

„Was erwartet uns .....“

Fortsetzung von Seite 3

gefährliche Ideologie zum Stilmittel. Populisten treiben einen Keil zwischen Verlierer und Herrschende, um dann am Ende selbst die Macht zu übernehmen.

Dazu ist ihnen jedes Mittel recht, auch die blanke Lüge. Stichwort **Fake News**. Wie ist es möglich, dass ein amerikanischer Milliardär, der keine Ahnung von Politik hat, und dessen Behauptungen im Wahlkampf zu 70 Prozent reine Lügen waren, zum Präsidenten gewählt wird? War das ein Staatsstreich von oben, ein besonders intelligenter Coup mit Hilfe der vermeintlich Zukurzgekommenen, die sich als Patrioten verkleiden?

2016 ging es los. Auch in Zukunft werden sich die Populisten, angesichts ihrer ersten Erfolge, noch viel mehr trauen und nach noch mehr Macht greifen. Sie haben die Engländer in den BREXIT getrieben und sind dann vom langsam sinkenden Schiff gesprungen. Sie haben die USA erobert und das traditionelle Establishment ins Abseits gestellt. Die vielgepriesene amerikanische Demokratie, eine Mogelpackung? Die Weltordnung, wie wir sie kennen, aus den Fugen geraten? Auf alle Fälle stehen wir vor einer neuen **Zeitenwende** – ein viel zu stark strapazierter Begriff. Zuletzt dürfte er korrekt benutzt worden sein, als die Mauer fiel und der Osten zum Westen wurde. Oder war es umgekehrt? Personell sicherlich.

Seit dem Amtswechsel in Washington, steigt die Spannung täglich. Ging es dem skrupellosen Spieler Trump nur um Wahlkampf-Effekte oder wird er seine Drohungen wahr machen? Dann wäre er eine echte Gefahr für die Welt, wie wir sie kennen. Insider zweifeln nicht, dass der Bauunternehmer an der Grenze zu Mexiko eine hohe Mauer errichten will. Sie soll nach ersten Schätzungen 14 Milliarden Dollar kosten. Trump möchte Mexiko zahlen lassen, aber Mexiko weigert sich mit Nachdruck. Bleibt nur der amerikanische Steuerzahler, dessen Interessen der neue Präsident unermüdlich vertreten will.

Zu den Grundbedürfnissen seiner Wähler scheint Donald Trump auch die mühsam und sehr spät eingeführte Krankenversicherung, Stichwort **Obamacare**, nicht zu zählen. Er will sie wieder abschaffen oder jedenfalls stark beschneiden. Dem zwielfichtigen Unternehmer liegt auch sehr daran, die weltweiten Handelsbeziehungen neu zu regeln – zugunsten der weißen Amerikaner und gegen alle anderen. Nur eine Fußnote; Wenn Sie genau hinhören, dann merken Sie, dass sich Trump in allem, was er sagt, nur an seine Anhänger wendet. Der Rest ist ihm egal. Sollen sie doch machen, was sie wollen.

Optimisten glauben immer noch, dass er am Ende der Vernunft und gemäßigten Beratern folgt, die ihm Han-

delskriege mit Mexiko und China ausreden werden, dass er bei der Nato mehr Nutzen als Schaden erkennt, und dass er beim nächsten Krieg die Atomwaffen im Bunker läßt. Kennen Sie das schöne Wort von der normativen Kraft des Faktischen?

Stichwort Nato. Trump behauptete unter Zeugen, die Nato koste seinem Land, „einen Haufen Geld für die Sicherheit anderer Leute“. Und dann ist da noch der mühsam ausgehandelte Atomvertrag mit den Iranern. Rambo Trump sollte ihn nicht leichtfertig stornieren, weil das den Nahen und Mittleren Osten in akute neue Kriegsgefahr katapultieren würde. Was die amerikanische Politik will, haben wir beim anstehenden Münchner Sicherheitsgipfel erfahren. Mehrere Minister der neuen Regierung nahmen Teil, auch der aus dem Pentagon. Teilweise widersprachen sie noch ihrem Präsidenten. Heute sind sie aber auch noch fast vollständig fertig justiert.

Trump ist – noch – ein Buch mit sieben Siegeln, und gerade deshalb haben die Europäer Angst vor ihm. Keiner weiß, ob er die Welt mit Kriegen überziehen wird, oder ob er die Truppen nach Hause holt, wie er mit dem derzeit führenden Kriegstreiber-Kollegen Wladimir Putin zurecht kommt, oder ob er nur einfach Geld verdienen will. Stichwort Putin. Gerade diese Schiene bedarf noch weiterreichender Klärung. Beim „Time Magazin“ war Trump der „Mann des Jahres“. Er hat gute Chancen, auch der Mann des nächsten Jahres zu sein. Nicht weil er so gut ist, sondern weil keiner so viele Schlagzeilen verursachen wird.

2017 soll ein überaus politisches Jahr werden. Die Nationalisten aller Länder wollen sich noch mehr vereinigen. Trump, sagen sie, war erst der Anfang. Die einen erkennen ihn als Schutzpatron an, die anderen als eine Art großes Vorbild. Dass sie in Österreich in letzter Sekunde eine Abfuhr kassierten, scheint die Populisten noch nicht zu stören. Ihr Kandidat hat immerhin zweimal beinahe 50 Prozent der Stimmen erhalten, ihre Rechtsausen-Partei FPÖ 33 Prozent.

Am 15. März kreuzten die Niederländer ihre Wahlzettel an. Wirtschaftlich läuft es bei ihnen momentan einigermaßen gut. Staatsverschuldung und Arbeitslosenquote sind gesunken. Nur im Privatsektor brodeln es, da die Verschuldung auf 230 Prozent der Wirtschaftsleistung gestiegen ist. Das ist Rekord in Europa. Zum Vergleich: Die Verschuldung der deutschen Bürger beträgt die Hälfte. Die Holländer befassen sich darüber hinaus mit denselben Reizthemen wie das restliche Europa. Die EU-Skepsis, die Migrationsfrage, eine gesplattene Gesellschaft.

Und überlebensgroß gab es

noch einen Separatisten Ge-

Fortsetzung weiter auf Seite 5

**Herzengüte ist der Adel des Lebens!**

Deutsches Sprichwort



„Was erwartet uns .....“

*Fortsetzung von Seite 4*

ert Wilders, der das alte System in Donald-Trump-Manier beseitigen wollte. Er wollte den Sparkurs der jetzigen Regierung beenden, das Rentenalter wieder senken, eine „De-Islamisierung der Niederlande“ betreiben. Aber auch er scheitertete.

Am 23. April startete die erste Runde der französischen Präsidentschaftswahlen. Ein spannendes Ereignis mit offenbar völlig offenem Ergebnis. Marine Le Pen, die Kandidatin des enthemmten Bürgertums, rechnete sich konkrete Chancen gegen die alten Männer der etablierten Parteien aus. Präsident Hollande lief dagegen schon lange mit dem Stigma des Versagers herum. Ganz Frankreich hat aufgeatmet, als er endlich verkündete, er werde nicht mehr antreten. Schließlich standen mehrere prominente Politprofis gegen eine kämpferische Frau, von der nicht wenige Franzosen erwarteten, dass sie das abgewirtschaftete System wegfegt. Immerhin leben zwei Millionen junge Franzosen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren ohne Schule und Ausbildung. Sechs Millionen Franzosen sind arbeitslos gemeldet. Es fehlen Geld und bezahlbare Wohnungen. Die Quote der Pessimisten stieg von 49 auf volle 70 Prozent. Irgendwie träumen nun alle von einer neuen französischen Revolution. Mit dem überraschenden Sieger Präsident Marcon, wissen wir seit dem 7. Mai, daß die Rechtspopulisten in Paris ihren Untergang erlebten, und die EU einen neuen politischen Pop-Star feiert.

Auch die Italiener werden wohl noch im Jahr 2017 eine neue Regierung wählen. Der Termin steht noch nicht fest. Das sollte uns eigentlich nicht beunruhigen, da Italien irgendwie immer neu wählt. Trotzdem spielt diesmal die lähmende Europamüdigkeit jenseits des Brenners eine möglicherweise entscheidende Rolle. Italien möchte aktuell, dass Europa auch seine maroden Banken rettet, fühlt sich in der Flüchtlingsfrage alleine gelassen. Auch die Euro-Euphorie hat stark nachgelassen. Immerhin haben Italien und die USA eines gemeinsam. Auch in Rom strebt ein PolitClown nach der Macht. Er heißt Beppo Grillo.

Kleine, aber nicht unwichtige Fußnote: Am 19. Mai wählten die Iraner einen neuen alten Präsidenten. In der Regel heben 250 Bewerber die Hand. Drei, vielleicht zwei oder auch nur einer bleibt am Ende übrig. Für Allahs Vertreter im Reich der Schiiten, Ajatollah Khamenei, war er keine Überraschung. Der Iran bleibt 2017 weitgehend harmlos, wenn Trump sich nicht für den Griff ins Hornissennest entscheidet und die Saudis nicht zu einem Krieg gegen Iran ermuntert. Militärisch ist er ja in Syrien und im Irak ausgelastet. Es heißt nämlich,

daß der Iran am Gewinnen sei, und das schneller als die Mullahs dachten. Es geht um einen 1400 Jahre alten Glaubens-Konflikt, der – nach schiitischer Lesart – bis heute nicht entschieden ist. An der Spitze des Eisbergs kämpfen Iran und Saudi-Arabien. Die Saudis ziehen derzeit immer wieder den Kürzeren. Sie haben den Irak an den Iran verloren. Das wird sich nach dem nun nicht mehr aufzuhaltenden Untergang der Terrorgruppe IS in Syrien wiederholen. Im Libanon hat Teheran viel zu sagen, genauso im Jemen.

Beide Seiten sind unversöhnlich, und das können sie sich noch leisten. Die Folge sind blutige, skrupellose Kriege und gewaltige Flüchtlingswellen, wie wir sie nun auch kennengelernt haben. Seit die Iraner versprochen haben, die Atombombe nicht gleich zu bauen, werden sie von der ganzen Welt umworben. Ihre Regierung hat einen großen Nachholbedarf im Investitionssektor und beim Wiederbeleben der Industrie – und will eigentlich vorläufig nur riesige, wieder legale Geldmengen ausgeben. Im wirtschaftlich relativ gesunden Deutschland begann das schicksalhafte Wahljahr genau gesehen am 12. Februar. Dann verwandelte die Bundesversammlung den bisherigen Außenminister in einen Bundespräsidenten. Die Medien haben ihn längst zum populärsten deutschen Politiker aufgebaut. Die SPD-Spitze ist froh, dass er nicht Bundeskanzler werden will. Wenn ihn nicht noch seine ungestümen, demokratiefernen Aktionen aus der Zeit im Bundeskanzleramt einholen, dann kann sich Frank-Walter Steinmeier in wenigen Tagen getrost zurücklehnen. Für ihn wurde gesorgt.

Was das Kanzleramt betrifft, konzentriert sich seit einem halben Jahr alles auf Martin Schulz, der das vertraute Brüsseler Parkett verlassen hat, um Parteifreund Sigmar Gabriel und Angela Merkel abzulösen. Die eiserne Kanzlerin tritt wieder an und beklagt sich, weil sie nur fast 100 Prozent der Nominierungsstimmen erhalten hat. Man merkt deutlich, aus welchem System sie stammt. Im September wird sich zeigen, wie nachtragend der Bürger, wie gut sein Gedächtnis ist. Die ersten Testläufe sind ja im Sinne der Kanzlerin sehr vielversprechend.

Kanzlerin Merkel will mit einer „Nationalen Wertekampagne 2017“ in die Arena ziehen. Das soll sein: Erhöhung der Lebensqualität von Familien und Steuersenkung in zwei Phasen. Das dazugehörige Motto lautet „Entlastungen für alle.“

Das hätte „Mutti“ sicherlich auch gerne. Gerade die Ausläufer der Flüchtlingswelle, genauer gesehen die Integration, wird das Reizthema schlechthin sein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, kurz Bamf, arbeitet jetzt, nach

*Fortsetzung weiter auf Seite 6*

**Die Menschen glauben das gern, was sie wünschen!**

Julius Caesar

## „Was erwartet uns .....“

Fortsetzung von Seite 5

ordentlichen Anlaufschwierigkeiten, mit voller Kraft. Im Laufe des Jahres 2017, und noch vor der Bundestagswahl, soll feststehen, wieviele der 2015 und 2016 eingereisten 1,1 bis 1,2 Millionen Flüchtlinge bleiben dürfen, und wie viele wieder ausreisen müssten.

Es ist heute schon klar, dass die wenigsten von ihnen umkehren werden. Lieber spielen sie auf dem Instrument der staatlichen Duldung, schaffen fleißig Gründe, die ein Abschieben verhindern. Der Staat trägt sich parallel dazu mit dem Gedanken, die Freiwilligkeit mit einem Kopfgeld von 1200 Euro zu unterstützen. Ende 2017 sollen dieser Kategorie 485 000 Menschen angehören.

Übrigens hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, kurz IAB, eine Befragung von 2300 Flüchtlingen ausgewertet und veröffentlicht. Keine Überraschung: Die absolute Mehrheit möchte arbeiten und aufsteigen. Das wird in sehr vielen Fällen aber von der fehlenden Qualifikation der Migranten gestoppt. Jeder dritte Flüchtling hat eine weiterführende Schule abgeschlossen, weitere 26 Prozent jedoch kein Zeugnis zum Vorzeigen. 13 Prozent können ein Hochschuldiplom vorlegen, zwölf Prozent eine Berufsausbildung vorzeigen. Bei fast 70 Prozent fehlen formelle Berufsabschlüsse. Logisch, dass sich die Zahl der Zugereisten aus den acht größten Asylkontingenten außerhalb der EU mit Anspruch auf Hartz IV mehr als verdoppelt hat. In absoluten Zahlen sind das 530 000 Menschen. Ihr größtes Handicap ist und bleibt die deutsche Sprache. Die Nürnberger Asyl-Bürokratie kalkuliert derzeit mit fünf Jahren, um aus einem Flüchtling einen ausgebildeten Arbeitnehmer zu machen.

Sollte die amtliche Flüchtlingsplanung in den nächsten neun Monaten aus irgendwelchen Gründen scheitern oder größere Skandale produzieren, sollte es zu weiteren, schweren Terroranschlägen kommen, dann sehen die Berater der Kanzlerin bereits jetzt massive Stolpersteine für den Wahltag voraus.

Das Minenfeld ist angerichtet.

Apropos Bundestag. Ist Ihnen schon aufgefallen, dass wir es trotz aller Politikverdrossenheit und Warnungen vor alternativen Kräften, die sich nicht mit Etablierten verstehen, mit einer Wachstumsbrache zu tun haben. Derzeit gehören dem Deutschen Bundestag 631 Abgeordnete an. Erste Hochrechnungen, in denen die Krisenzeit und das Wahlverhalten der Deutschen berücksichtigt wurde, warnen vor einem Zuwachs auf mehr als 700 Sitze – und vor Mehrkosten in Höhe von 70 Millionen Euro (sagt der Bund der Steuerzahler). Die

mit einer Wahlrechtsreform angestrebten 598 Mandate sind damit längst in eine Ablage gefallen.

Wir reden von der hochkomplizierten Welt der Überhangmandate und der sogenannten Ausgleichsmandate, die wiederum Überhangmandate neutralisieren. Das wurde 2008 so geregelt. Nun kommen die unter dem Ladentisch gehandelten, streng vertraulichen Zahlen für den nächsten Bundestag. Die Demoskopen, siehe oben, gehen bei der CDU von deutlich unter 41,5 Prozent aus. Das bekam die Union bei der Wahl von 2013. Die SPD wird es wohl nicht über die 23 Prozent hinaus bringen. Letztes Mal erhielt sie noch 25,7 Prozent. Die meisten Prognosen – siehe oben – glauben für den Wahltag in Deutschland nur an Schwarz-Rot und/oder Schwarz-Grün-Gelb.

In besonders vertraulichen Verschluss-Sachen findet sich auch die bislang unvorstellbare Zahl 750. Die Analysten sagen, 750 MdB oder noch mehr könnte es geben, wenn die CSU in Bayern unter 40 Prozent abschneidet. Der Überhang einer Partei, die nur in einem Bundesland gewählt werden kann, muß bundesweit ausgeglichen werden. Das Ergebnis wäre eine deutlich höhere Zahl an Zusatzmandaten.

Wenn das Volk die Volksparteien so deutlich verschmäht, dann steigt automatisch die Zahl der Überhangmandate und damit auch der Ausgleichsmandate. Der Bundestag wird dann aus allen Nähten platzen. Und nicht jeder MdB will bekanntlich als Hinterbänkler enden. Dort wäre aber möglicherweise noch der meiste Platz. Dass es denen auch gut geht, sehen wir häufig in der Heimatzeitung.

Weil wir gerade dabei sind: Wissen Sie schon, dass wir uns im Herbst von vielen vertrauten Gesichtern verabschieden müssen, von Menschen, mit denen wir praktisch aufgewachsen sind? Wer genau in dieser Wahlperiode das Handtuch wirft, das ist natürlich noch nicht in allen Einzelheiten bekannt. Nur wenige haben sich klar geäußert. Aber, wie es so ist im Leben, einige von ihnen zählen zu den Besten. Ich nenne mal, beinahe spontan, **Norbert Lammert**, den Bundestagspräsidenten, der nach 37 Jahren seinen Schreibtisch im Parlament räumen wird. Oder den auch im Süden ziemlich bekannten Innen- und Sicherheitspolitiker **Wolfgang Bosbach**, ohne den heutzutage kaum eine TV-Talkshow auskommt. Bosbach, soviel sei gesagt, ist ein Querdenker, der sich damit nicht nur Freunde – und Freundinnen – gemacht hat. Einer der Aufrechten und Gerechten, von denen es in den 70er und 80er Jahren deutlich mehr gab. Dabei kam er erst vor 22 Jahren zum CDU-Fronteinsatz unter dem Bundesadler. Wie definiert sich Bosbach in seiner ausgeprägt rheinischen Art: „Ich will nicht immer die Kuh sein, die quer im Stall steht.“ Das könnte noch zum Geflügelten

Fortsetzung weiter auf Seite 7

**Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren!**

Benjamin Franklin

## „Was erwartet uns ....“

Fortsetzung von Seite 6

Wort werden. Seine kürzliche Abschiedsrede bleibt in Erinnerung.

Wer uns Münchner, auch geographisch, nähersteht, das ist **Gerda Hasselfeldt**. Sie kommt aus dem Landkreis Regen und rückte 1987 für den ausgeschiedenen Abgeordneten Franz Josef Strauß in den Bundestag nach. Im Laufe der vergangenen drei Jahrzehnte übernahm sie Aufgaben in den Bereichen Finanzen, Verbraucherschutz, Ernährung, Landwirtschaft. 2005 wurde Gerda Hasselfeldt zur Vizepräsidentin des Bundestags gewählt, 2011 zur ersten Vorsitzenden der Landesgruppe der CSU. Sie wirkt still, aber nachhaltig. Im Herbst 2017 wird sie nicht mehr antreten.

Ein weiteres bekanntes Gesicht wird **Hans-Christian Ströbele**, Jahrgang 1939 sein! Nach einigem Hin und Her entschied er sich nun doch auszusteigen und hatte letzte Woche, wie die zuvor genannten seine letzte Rede im Bundestag. Der ehemalige RAF-Anwalt und Experte für Schlapphüte, wollte aber gerne noch den Höhenrausch des grünen Direktmandats ein fünftes Mal erleben. Und noch viele Jahre bei mindestens jeder zweiten Berliner Demo sein Rad schieben. Aber, jetzt schweifen wir ab. Ich wollte nur die bunte Vielfalt des Parlaments der Berliner Republik vorführen. Andere Personalien folgen in der nächsten DENK'MAL!-Ausgabe.

Können wir eigentlich in diesem Jahr gar nichts Positives vermelden? Doch, indem wir zu unserer beliebten Rubrik Kurzmeldungen übergehen:

Im Januar wurde die lang erwartete und hoch gepriesene Hamburger Elbphilharmonie feierlich eröffnet.

Berlins Regierender Bürgermeister Müller hat bekannt gegeben, dass der neue Flughafen voraussichtlich 2017 in Betrieb gehen soll. Ein genauer Termin steht noch nicht fest. Das Dementi folgte umgehend. Wegen neuer technischer Probleme mit dem Brandschutz – 1200 Türen müssen erneut verkabelt werden - wird auch 2017 vom Regierungsflughafen kein Flieger abheben. Mit dann 6,5 Milliarden Euro Kosten soll es 2018, 25 Jahre nach Beginn der Planungen, soweit sein. Braucht Berlin eigentlich einen neuen Flughafen?

In der Hauptstadt fand Mitte Februar trotzdem die 67. Berlinale statt, in Los Angeles Tage später die Oscar-Verleihung.

Für unsere Sportfreunde:

Am 27. Mai wurde, wiederum in Berlin, um den DFB-Pokal gespielt. Mit BVB in Bestform. Eine Woche später folgte in Cardiff das Endspiel um die Champions League mit Cristiano Ronaldo als Siegerfigur. Die U21 hat die EM in Polen gewonnen. Den Pokal im Confed Cup 2017

in Russland holte sich auch unsere Nationalmannschaft. Das Fußballjahr 2017/18 beginnt mit der neuen Saison. Alles steht offen. Auch wo CR7 spielen wird, bzw. wer in der Lage sein wird 400 Mio Euro für ihn auf den Tisch zu legen und ihn vorallem vor der Steuerbehörde Spaniens zu schützen?

Im Juli und August verteidigen die deutschen Fußballerinnen in Holland ihren Europameisterschaftstitel. Im September entscheidet sich in Lima die Vollversammlung des IOC für den Austragungsort der Olympischen Sommerspiele 2024. Zur Auswahl stehen Los Angeles, Budapest und Paris.

Das Leben, Sie wissen es alle, spielt sich gemeinhin entlang gewisser Konstanten ab. So soll es auch 2017 sein. Unsere äußerst populäre Rubrik „News to use“ befasst sich deshalb mit einigen Terminen, die keiner versäumen sollte:

Der 5. September ist beispielsweise mit dem **Nationalen Kopfschmerztag** und dem **Internationalen Tag der Wohltätigkeit** belegt. Beides sollte uns nicht fremd sein. Am 12. September wiederholt sich jedes Jahr der **Welt-Kautschuktag** und der **Tag der Vereinten Nationen für die Süd-Süd-Zusammenarbeit**. Der 15. September vereinigt den **Internationalen Tag der Demokratie** und den **Europäischen Prostata-Tag**. Es gibt einfach zu wenig verfügbare Tage, um alle wichtigen Themen unterzubringen.

Haben Sie schon einmal am 20. März den **Welt-Glückstag** gefeiert, oder am 5. Mai den **Tag der Handhygiene** (übrigens eine Idee der WHO), oder – die Mediziner sollten es wissen – am 29. Februar den **Tag der Seltenen Erkrankungen**. Das passt. Schließlich ist ja auch der 29. Februar rar. Da sind Anlässe, wie der **Tag des Parkplatzes** am 16. September, oder der **Tag der Friedhöfe** am 18. September gelebter Alltag.

Gedenktage, so sagt es der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages, sollen „Anlass zur Reflexion über nationale oder weltweite Probleme“ sein und „Gesellschaft sowie Politik zu entschlossenem Handeln auffordern“. Ganz ehrlich, wer weiß, dass der **Welt-Polio-Tag** auf den 28. Oktober 2017 fällt? Wer sich von all diesen Tagen überfordert fühlt, der sollte sich den 11. Februar einprägen. Da hat uns das EU-Parlament zuvorkommenderweise den „**Europäischen Tag des Notrufs 112**“ beschert.

Und die zweite positive Neuigkeit?

Wer mit seinem Kalender gut umgehen kann, der wird 2017 mehr denn je zum König der Brückentage. Das beginnt schon damit, dass wir am Dienstag, 31. Oktober, einen zusätzlichen Feiertag erhalten. Da begehen wir das 500. Jubiläum der Reformati-

on. Ein wichtiger Anlaß, der

Fortsetzung weiter auf Seite 8

**Die Wissenschaftler bemühen sich, das Unmögliche möglich zu machen. Die Politiker bemühen sich oft, das Mögliche unmöglich zu machen!**

Bertrand Russel

## „Was erwartet uns ....“

Fortsetzung von Seite 7

uns bereits jetzt beschäftigt. Der 1. Mai und der erste Weihnachtsfeiertag verschieben sich wieder auf Wochentage. Sogar der Tag der Deutschen Einheit fällt auf einen Dienstag. Wer von Christi Himmelfahrt bis Pfingstmontag zwölf Tage aussetzen will, muß dafür nur sechs Urlaubstage opfern. Wir sollten einen Kalender entwerfen, in dem man die restlichen Arbeitstage erkennt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein ganz tolles Restjahr, und natürlich viel Gesundheit.

Machen Sie das Beste daraus.

Peter Orzechowski  
München

## Deutschland – der gehorsame Vasall

Der neue US-Präsident hat befohlen, und Deutschland gehorcht: Die Bundesregierung wird den Verteidigungshaushalt drastisch erhöhen. Langfristig soll das Bundeswehrbudget um 60 Prozent steigen. Doch kaum einer fragt: Wozu eigentlich? Gegen wen müssen wir uns verteidigen?

„Im 21. Jahrhundert wird uns nicht mehr so viel geholfen werden wie im 20. Jahrhundert“, sagte Bundeskanzlerin Merkel bereits im Oktober 2015 in einer Rede in Paderborn. Zudem lägen viele Konflikte heute vor der „europäischen Haustür“. Merkel betonte, es liege immer im Interesse Europas und Deutschlands, enge Beziehungen mit den USA zu pflegen. Dann kritisierte sie die angebliche russische Intervention in der Ukraine. „Morgen kommt dann vielleicht ein anderes Land dran“, fügte sie hinzu.

Die Bundeskanzlerin drückte mit diesen Sätzen aus: 1. Deutschland wird – wie von Washington schon lange gefordert – mehr Geld für Rüstung ausgeben. Und 2. Der Feind, gegen den aufgerüstet werden soll, heißt Russland.

Für das Jahr 2017 hat Berlin den Verteidigungshaushalt um 2,7 Milliarden Euro oder acht Prozent auf 37 Milliarden Euro erhöht. Was aber nur etwa 1,2 Prozent des BIP ausmacht. Um bis zum Jahr 2024 der Zwei-Prozent-Verpflichtung nahe zu kommen, müsste Deutschland dann weit über 60 Milliarden Euro für Verteidigung ausgeben. Der Feind lauert nicht nur im Osten, sondern auch im Süden

Zu welchem Zweck russische Panzer in Nato-Staaten eigentlich einfallen sollen, wird nicht hinterfragt. Dass großflächige Besetzung fremder Territorien heute nicht

mehr funktioniert, kann man aus allen Kriegen der letzten Jahrzehnte ablesen. Für wie dumm halten Politiker und Mainstream-Medien die Bürger, wenn sie ihnen einreden wollen, dass ausgerechnet der Stratege Wladimir Putin aus diesen militärischen Erfahrungen nichts gelernt haben will? Dass er – wie es Militärdoktrin zu Zeiten des Zweiten Weltkriegs war – mit Massen von Truppen und Gerät Länder erobert? Aber weil die behauptete Bedrohung durch Russland für den Aufrüstungswillen der europäischen Völker nicht ausreichend, hat die Nato noch einen anderen Trumpf aus dem Ärmel gezogen: den islamistischen Terror. US-Präsident Trump hat ja bereits zum Nato-Kampf gegen den IS aufgerufen.

Dafür richtet die Nato jetzt im Streitkräftekommando im italienischen Neapel ein Lage- und Koordinierungszentrum ein, das Informationen aus südlichen Krisenstaaten wie Libyen, Syrien oder dem Irak auswertet. In Zukunft könnte der Standort dann auch zur zentralen Steuerung von Militäroperationen gegen dort aktive Terrorgruppen wie den „Islamischen Staat“ genutzt werden.

### Druck aus Amerika

Schon vor bald zwanzig Jahren forderte der damalige Nato-Generalsekretär George Robertson wieder und wieder „more capabilities“ für die Nato – mehr militärische Fähigkeiten, mehr Soldaten, mehr Material. Immer wieder mahnten die US-Regierungen ihre Bündnispartner, mindestens zwei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für das Militär auszugeben. Etwa die Hälfte der Nato-Mitgliedsländer investiert in ihre Verteidigung weniger, als die New Yorker Polizei kostet (4,8 Milliarden Dollar), giftete vor einem halben Jahr die konservative US-Stiftung *Heritage Foundation*.

Was zwanzig Jahre lang niemand schaffte, gelang Trump schon im ersten Monat seiner Präsidentschaft. Und das lag an seiner gerissenen Taktik. Zunächst hatte er damit gedroht, die Beistandsverpflichtungen der Vereinigten Staaten infrage zu stellen, sollten die Nato-Partner nicht auf seine Vorstellungen eingehen. Da die Amerikaner die mit Abstand mächtigste Militärmacht sind, wäre dies für die Allianz ein Desaster gewesen.

Auf der 53. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar kam dann auch eine unverhohlene Drohung durch US-Vize-Präsident Mike Pence. Friede und Wohlstand in Europa dürften nicht als garantiert betrachtet werden, warnte Pence: „Sie müssen kontinuierlich erhalten werden, durch

Fortsetzung weiter auf Seite 9



„Deutschland - der gehorsame Vasall...“  
Fortsetzung von Seite 8

geteiltes Opfer und geteilte Verpflichtung“. Genau das werde Amerika leisten und noch mehr, versprach Pence. Die USA wollen ihr Militär ausbauen und „das Waffenlager der Demokratie wieder herstellen“.

### Artikel 3 gegen Artikel 5 des Nato-Vertrages

Dann kam die Forderung: „Europas Verteidigung braucht ihre Verpflichtung genauso wie unsere.“ Das Transatlantische Bündnis baue auf zwei Grundsätzen, erinnerte Pence: auf dem vielzitierten Artikel 5 des Nato-Vertrages – mit seiner übrigens eher vagen Beistandsverpflichtung – und auf dem weniger bekannten Artikel 3, „in dem wir geloben, unseren fairen Teil zu unserer gemeinsamen Verteidigung beizutragen“. Eine gleichwertige Gegenüberstellung von Artikel 5 und Artikel 3 des Bündnisvertrages – das ist ein neuer Ton, den in der Nato so wohl noch niemand gehört hat. Er bedeutet: Der Beistand nach Artikel 5 könnte abhängen von der fairen Lastenteilung nach Artikel 3.

Das Versprechen, die Last unserer Verteidigung zu teilen, warnte Pence, sei zu lange unerfüllt geblieben. „Wenn Bündnispartner ihren Teil nicht tun, dann untergräbt das unsere Fähigkeit, einander zu Hilfe zu kommen.“ Washington erkenne an, dass einige Nationen auf dem Weg seien, das selbstgesetzte Zwei-Prozent-Ziel zu erfüllen. Viele andere aber, „einschließlich einiger unserer größten Verbündeten“, seien davon noch weit entfernt. Pence: „Lassen Sie mich hier ganz klar sein: Der Präsident der Vereinigten Staaten erwartet, dass unsere Verbündeten ihr Wort halten und ihre Verpflichtungen erfüllen.“ Und das bedeute, so Pence weiter, jedes Wort extra betonend: „Jetzt ist die Zeit gekommen, mehr zu tun.“ Am Schluss seiner Münchner Rede hatte Pence noch eine letzte Warnung parat: „Sicherheit durch geteiltes Opfer – oder eine ungewisse Zukunft.“

Auch Trump selbst hat in seiner Rede vor beiden Häusern des US-Kongresses noch einmal nachgelegt: „Unsere Bündnispartner müssen ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllen.“ Trump weiter: „Und jetzt, nach unseren sehr harten und offenen Diskussionen fangen sie an, genau das zu tun.“ Bis zum Herbst will Washington einen Plan sehen, wie das Zwei-Prozent-Ziel bis 2024 realisiert werden soll.

*Aber er fordert noch mehr als Aufrüstung: „Wir erwarten von unseren Partnern, sei es in der Nato, im*

*Mittleren Osten oder im Pazifik, dass sie bei strategischen wie militärischen Operationen eine bedeutende Rolle übernehmen und ihren Teil der Kosten tragen.“*

Und damit ist die Marschrichtung klar: Der neue US-Präsident will, dass Deutschland und andere europäische Nato-Mitglieder ihre Militärausgaben steigern und damit kräftig in den US-Rüstungsbetrieben einkaufen. Und was noch wichtiger ist: Er will, dass sich die Nato-Länder aktiv mit ihren Truppen an den globalen Kriegen beteiligen – so wie es schon das alte Rom von seinen Vasallen forderte.

Mona Harun-Mahdavi  
München

### Eindringlicher Appell an die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel

Was sind unmenschliche Verbrechen?

Im eigenen Land Millionen Menschen zu töten? In fremden Ländern, durch Profitgier in Form von Rüstungsgeschäften und wirtschaftlichen Interessen, zig Millionen Menschen auf dem Gewissen zu haben? Sicher beides. Rüstung dient nur zur Tötung und Zerstörung, sie hat keinen anderen Zweck. Einseitiger wirtschaftlicher Profit bringt auf die Dauer verheerende Rückschläge.

Die Vergangenheit kann niemand ändern. Aber jeder neue Tag kann Veränderungen bewirken.

Bitte fordern Sie die deutschen Rüstungsunternehmer dazu auf, die größte humanitäre Hungerskatastrophe seit 1945 zu stoppen.

Wie Sie wissen, findet unter anderem im Jemen, im Sudan, in Nigeria und Somalia ein unsagbarer Völkermord statt. Unter den unfassbaren Kriegszuständen kommen Millionen Menschen, darunter zahlreiche Kinder elendig ums Leben.

Diese Kriegsverbrechen und die Folgen daraus werden unter anderem durch deutsche Rüstungsexporte erst möglich. Die Rüstungsunternehmen verdienen jährlich zig Milliarden.

**Diese Tötungsmaschinen-Exporteure müssen zu Spenden in Millionenhöhe gezwungen werden.**

Fortsetzung weiter auf Seite 10

**Ein jeder gibt sich selber seinen Wert!**

Schiller

**„Eindringlicher Appell an Kanzlerin....“**  
Fortsetzung von Seite 9

**Die Steuereinnahmen die der Deutsche Staat durch diese gesetzeswidrigen Geschäfte erzielt, müssen zügig für die humanitäre Hilfe, an diese Länder abgegeben werden.**

Bevor weitere zig Millionen Menschen / Kinder sterben.

Frau Dr. Angela Merkel, Sie genehmigen diese ganzen Geschäfte mit dem Tod und handeln nicht nach der Präambel unseres Grundgesetzes. Noch haben Sie die Macht etwas daran zu ändern. Stoppen Sie die Exporte z.B. nach Saudi-Arabien, Katar, Israel, Türkei, Nigeria usw.. Beenden Sie die US-Drohneinsätze aus Ramstein. Dies wäre ein großer Beitrag zur Ursachenbekämpfung von der Sie öfter sprechen.

**Die Lebensmittel- und Technikindustrie, die aus reiner Profitgier den ganzen (Lebensmittel-) Schrott nach Afrika bringt, muss zur Verantwortung gezogen werden. Sie müssen überlebenswichtige Nahrung und Trinkwasser spenden. Und zwar schnell.**

**Die Pharmaindustrie, die seit Jahrzehnten die armen Menschen dieser Welt als Versuchskaninchen missbraucht, muss jetzt echte, hilfreiche Medikamente liefern.**

**Die Agrar-Papier- und Holzindustrie, die in aller Welt wertvolle Urwälder rodet und Monokulturen entstehen lässt, ist mitverantwortlich für den Klimawandel und die anwachsende Dürre. Sie müssen ebenso zur Verantwortung gezogen werden.**

Frau Merkel, Sie haben zwölf Jahre Zeit gehabt diesem wirtschaftlichen Wahnsinn eine andere Wendung zu geben. Sie haben es versäumt. Die Rechnung für all diese Versäumnisse wird zunehmend auf alle Erdenbewohner zurück fallen. Sie als Physikerin hätten es vorhersehen müssen. Das Leben zahlreicher Menschen liegt auch in Ihrer Hand. Frau Merkel, Sie hatten selbst einmal gesagt, dass Sie verwundert darüber seien, dass sich die Bürger nicht viel mehr gegen den Krieg in Syrien einsetzen. Ich bin verwundert darüber, dass Sie mit Ihren Möglichkeiten nichts gegen all diese unmenschlichen Geschehen tun und getan haben.

### **Artikel 26 Grundgesetz:**

(1) Handlungen die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden.

### **Artikel 65 Grundgesetz:**

Der/die Bundeskanzler/in bestimmt die Richtlinie der Politik und trägt dafür die Verantwortung. Innerhalb (und nur innerhalb) dieser Richtlinien leitet jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung.

### **Das Antwortschreiben lesen Sie auf Seite 11**

Noch mehr zur Autorin unter:

[www.visiorama-news.blogspot.com](http://www.visiorama-news.blogspot.com)

Peter Orzechowski  
München

### **Propaganda - Die Lügen werden immer dreister**

Es gehört zu den Grundregeln der Propaganda, dem Gegner genau das vorzuwerfen, was man selbst anzettelt: Die von den USA und ihren Vasallen ausgelöste Flüchtlingsflut aus dem Nahmittelosten soll Russland verursacht haben. Die Hetze, die von den transatlantischen Mainstream-Medien seit Jahren gegen Russland betrieben wird, soll damit vertuscht werden, dass man dem Kreml vorwirft, einen Informationskrieg zu führen. Für wie dumm hält die NATO eigentlich die Bürger ihrer Mitgliedsstaaten?

Um angebliche Kreml-Attacken abzuwehren, hat die Europäische Union im Herbst 2015 eine Task Force gegründet, die Beispiele für Desinformation aus Russland dokumentieren soll. Schon im Fortsetzung weiter auf Seite 12

**Dankbare Menschen sind wie fruchtbare Felder; Sie geben das Empfangene zehnfach zurück!**

August von Kotzebue

Von: "Helmig, Maria"  
 An: "Harun Mahdavi, Mona"  
 Datum: 1. April 2017 um 09:03  
 Betreff: CDU CRM:09591452

***Antwortschreiben der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum  
 offenen Brief von Mona Harun-Mahdavi mit dem Titel:  
 Eindringlicher Appell an Kanzlerin Angela Merkel***

Sehr geehrte Frau Harun Mahdavi,

die Bekämpfung des Hungers ist für uns christliche Demokraten eine moralische Verpflichtung. Angesichts fast einer Milliarde hungernder Menschen hat die Politik zur Überwindung des Hungers für uns hohe Priorität. Wir wollen, dass das Menschenrecht auf Nahrung für alle Menschen Realität wird.

Unser Ziel ist es, die erforderliche Steigerung der Nahrungsmittelproduktion umweltfreundlich und ressourcenschonend zu erreichen und dabei auch die wirtschaftliche Lage von Herstellern und Verbrauchern in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Da die sicherheits-, wirtschafts-, umwelt- und migrationspolitischen Folgen der Ernährungssicherung weltweit wirken, ist es nicht nur eine humanitäre Herausforderung, sondern auch in unserem ureigenen Interesse, zu einer Lösung des Welternährungsproblems beizutragen.

Ich stimme Ihnen absolut zu, dass es großen Handlungsbedarf von Staaten und Organisationen gibt, die aktuelle Situation der Dürre in Westafrika zu bekämpfen und leite Ihren Appell weiter.

#### **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

2050 werden fast zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben, davon nur noch 1,2 Milliarden in den heutigen Industriestaaten – gegenüber fast neun Milliarden in gegenwärtigen Entwicklungs- und Schwellenländern.

#### **Zukunftsorientierte Entwicklungspolitik**

Allein diese Zahlen machen deutlich: Die Versorgung der schnell wachsenden Weltbevölkerung mit Nahrung, Energie, Arbeitsplätzen im Einklang mit unserer Umwelt und Natur können wir nur gemeinsam mit den Entwicklungs- und Schwellenländern erreichen. Die Frage, ob auch künftige Generationen in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben können, entscheidet sich am Erfolg oder Misserfolg dieser Herausforderung.

Dabei wird sich die Balance zwischen Industrie- und Schwellen- und Entwicklungsländern weiter schnell verschieben. Ehemalige Entwicklungsländer schließen mit hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten auf, während andere weiter abfallen. Dabei kann auch das Vorbild des freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsentwurfs des Westens in Frage gestellt werden. Entwicklungspolitik, die unser Verhältnis zu diesen Staaten prägt, ist deshalb in unserem ureigenen Interesse und eine Notwendigkeit zur Sicherung unserer Zukunft.

#### **Entwicklungspolitik der Union**

Die Herausforderungen des Bevölkerungswachstums sind deshalb die thematische Klammer für die Entwicklungspolitik der CDU/CSU-Fraktion. im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bzw. die Entwicklungspolitik der CDU ist wertebasiert. Insbesondere Freiheit, Demokratie und die Einhaltung der UN-Menschenrechtscharta sind Leitlinien unseres Handelns.

Trotz Finanzkrise und Haushaltskonsolidierung hat das Parlament den Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kontinuierlich angehoben, von 5,77 Milliarden Euro (2009) auf 6,42 Milliarden Euro im Haushaltsplan 2013. Mit 10,45 Mrd. € offizieller staatlicher Entwicklungsgelder (ODA) im Jahr 2011 war Deutschland zweitgrößter Geber. 2009 waren es noch 2 Mrd. weniger.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Helmig

CRM-Team

Bürgerservice der CDU-Bundesgeschäftsstelle

**Daß etwas erwünscht ist, bewirkt noch nicht, daß man daran glaubt!**

Marcel Proust (1871-1922)

**„Propaganda - Die Lügen werden immer dreister....“**  
Fortsetzung von Seite 10

Jahr davor wurde in Riga ein Kompetenzzentrum der NATO für strategische Kommunikation („NATO Centre of Excellence for Strategic Communications“ oder kurz: „COE Stratcom“) aufgebaut. Das Geld für diese Propaganda-Abteilung kommt aus den drei baltischen Staaten, Polen, Großbritannien, Italien und – natürlich – Deutschland. Diese Staaten stellen auch die 35 Mitarbeiter des COE Stratcom.

Schön schwammig sind in der Stratcom-Selbstdarstellung unter „Mission and Tasks“ folgende Ziele des Zentrums aufgeführt:

*„Das Zentrum wird als Mittelpunkt für Debatten und Gutachten innerhalb verschiedener Stratcom-Bereiche arbeiten: Öffentliche Diplomatie, öffentliche Angelegenheiten, öffentliche militärische Angelegenheiten, Informationstätigkeiten und psychologische Operationen. Es wird Experten verschiedener Fachbereiche einbeziehen, um strategische Planungen zu unterstützen und diese ebenso auf strategischem und taktischem Niveau auszuführen. In seiner Arbeit wird das Zentrum die Integration verstärken und virtuelle Netzwerke nutzen, um sie bestehenden und erwünschten nationalen Kommunikations-Kapazitäten zur Verfügung zu stellen.“*

Konkreter wird da der Direktor des Zentrums, Jänis Särts. Er sagte am 5. März 2016 der britischen Tageszeitung *Observer*, Russland versuche, Merkel als Kanzlerin zu stürzen. Man habe Belege, dass Russland in Deutschland agitiere. Deutschland sei für Russland ein Test, ob es möglich sei, eine vorhandene Situation so zu schüren, dass sie die Regierung destabilisiere. Daher solle die Propaganda die Stimmung gegen Flüchtlinge aufstacheln. „Russland testet, ob es in der Lage ist, in so einem großen und stabilen Land, das normalerweise nicht so viele Schwachpunkte bietet, Umstände zu erzeugen, die zu einem Wechsel an der politischen Spitze führen“, sagt Särts.

Aha. Russland ist also doch schuld an der Flüchtlingskrise? Noch einen Schritt weiter geht Särts Stellvertreter. Das angeblich unschuldige Europa hätte Putins Ambitionen unterschätzt, sagt der stellvertre-

tende Leiter des NATO-Zentrums, der estnische Oberst Aivar Jaeski gegenüber der Tageszeitung *Der Tagesspiegel*. „Was auf der Krim passiert ist, dass ein Teil des Territoriums eines Staates besetzt und annektiert wurde, war eine gut geplante militärische Operation“, sagte Jaeski der Zeitung. Während der Besetzung der Krim hätten Putin, sein Außen- und sein Verteidigungsminister offen gelogen, betont Jaeski. Das Lügen und das Verdrehen von Fakten zählt er zu den Hauptmerkmalen der russischen Propaganda. Außerdem werde versucht, vom eigentlichen Thema abzulenken, Kritiker würden diskreditiert, und beim Publikum werde gezielt Schrecken verbreitet.

Ein paar Gegenbeispiele: Das deutsche Außenministerium verbreitete im sogenannten „Realitätsscheck: Russische Behauptungen – unsere Antworten“ im Februar 2015, rechte Kräfte spielten in der Ukraine keine Rolle und beim Sturz von Wiktor Janukowitsch habe es sich keinesfalls um einen Putsch gehandelt. Heute sind die Hintergründe und die Provokateure des Putsches bekannt; Bataillone mit Nazi-Emblemen kämpfen an Ukraines vorderster Front.

Schon Jahre zuvor, nämlich 1999, warnte der ehemalige bundesdeutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping vor einem „Hufeisenplan“ der jugoslawischen Regierung. Angeblich sollten mit diesem die Kosovo-Albaner blutig vertrieben werden. So wurde die Kriegsstimmung für den damaligen NATO-Einsatz angeheizt. Das Gerede vom Hufeisenplan erwies sich als Propagandalüge. Sie ist längst nicht die einzige, mit der NATO-Vertreter die Öffentlichkeit täuschten.

Dass die Krim gar nicht besetzt, sondern sich in freier Volksabstimmung für einen Anschluss an die Russische Föderation entschieden hatte, erwähnt Jaeski natürlich nicht. Auch nicht, dass genau hier in den NATO-Staaten, allen voran in Deutschland, Kritiker diskreditiert werden. Jaeski verbiegt auch die Tatsache, dass in den westlichen Medien gezielt Schrecken verbreitet werden, ins Gegenteil: Wer erinnert sich nicht an die Hetzkampagne im Jahr 2014 in der *Bild*-Zeitung, dass Putin bald in Osteuropa einmarschieren werde.

Fortsetzung weiter auf Seite 13

**Religion ist ein Prisma, von dessen sieben Farben sich jeder seine Lieblingsfarbe wählen mag; alle aber rühren nur von einem Sonnenstrahl!**

Karl Julius Weber

„Propaganda - Die Lügen werden immer dreister.....“  
Fortsetzung von Seite 12

Kein Wort erwähnt Jaeski auch über das Ziel der USA, eine europäisch-russische Annäherung mit allen Mitteln zu verhindern. Stattdessen hetzt er: „Russlands Ziel ist es, die europäische Einigkeit zu schwächen.“ Welche Einigkeit Jaeski wohl meint? In den letzten Monaten war von dieser Einigkeit nicht mehr viel zu sehen.

Derzeit sei die Flüchtlingskrise in Europa das wichtigste Thema für die kremltreuen Medien, sagt Jakob Kalenski von der „East StratCom Task Force“. „Kanzlerin Angela Merkel ist praktisch das Hauptziel der Pro-Kreml-Medien.“ Haben wir da etwas verschlafen? Rein faktisch gesehen hat doch Kanzlerin Merkel mit ihrer Pauschaleinladung am 4. September 2015 den Flüchtlingstsunami erst ausgelöst.

Das Beste aber kommt noch: Einigkeit bestehe in EU und NATO darin, auf gar keinen Fall mit Gegenpropaganda zu antworten – das sei wohl auch einer der Gründe, warum beide Organisationen erst spät und eher zurückhaltend aktiv werden.

Ich hätte zu gern gesehen, ob Jaeski bei dieser eklatanten Lüge rot geworden oder ob ihm dabei eine Lügennase gewachsen ist. Der Westen also ist unschuldig und er lässt sich – wie wir im Deal mit dem Demokratie- und Menschenrechts-Verächter Erdogan gesehen haben – nicht von seinen Prinzipien abbringen. „Wir sollten an unseren Werten festhalten und unsere Geschichte erzählen“, sagt Jaeski.

Dann kommt der Offizier mit langjähriger NATO-Erfahrung zum Punkt: „Wir müssen die Reihen schließen, viel enger zusammenarbeiten und Informationen austauschen.“ Also – wie schon die SA früher forderte – „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen!“ Als Beispiel nennt er Erkenntnisse über die Präsenz russischer Truppen in der Ostukraine: „Wir wussten schon lange, dass russische Artillerie in der Ukraine ist. Aber die Leute vom Nachrichtendienst hatten auf diese Informationen den Stempel ‚geheim‘ gesetzt.“ Deshalb durfte die für Öffentlichkeitsarbeit zuständige Abteilung die Satellitenaufnahmen nicht verbreiten. „Sie kauften also die Bilder bei einer zivilen Firma und veröffentlichten sie.“ Gottseidank

ist endlich geklärt, warum die NATO bisher mit Fake-Bildern arbeitete: Sie hätten gern die echten Fotos gezeigt, aber sie durften nicht.

Wenn diese Lügen nicht ernst gemeint wären, böten sie wirklich Gelegenheit, einmal wieder herzlich zu lachen.

Bericht des Vorstands

## Bayerisch-israelischer Freundschaftsabend im Bayerischen Landtag

Der Vorstandsvorsitzende ist einer persönlichen Einladung zum Bayerisch-israelischen Freundschaftsabend zusammen mit dem zweiten Vorsitzenden gefolgt.



Bild links:  
Landtagspräsidentin  
Barbara Stamm



Die von Landtagspräsidentin Stamm eröffnete Veranstaltung war begleitet durch Fotografien von Frau Herlinde Koelbl unter dem Motto „Faces of Jerusalem“ ganz im Zeichen der Völkerverständigung und der Toleranz zwischen den Menschen geführt. Eine sehr professionelle Moderation führte durch den Abend mit mehreren Podiumsteilnehmern aus Wirtschaft und Gesellschaft (s. Bild re.).

Der Vorstand von L&LL erinnert anlässlich der Einladung an weitere Aktionen im Zeichen der Toleranz und Völkerverständigung in der Landeshauptstadt, wie das von L&LL bereits 2011 vorgeschlagene Projekt eine Statue von „Kyros II“ mit seinem Tonstein als Symbol für die universellen Menschenrechte auf einem geeigneten Platz, wie z.B. dem Platz der Menschenrechte in Riem, aufzustellen.

**Der gerade Weg ist in der Politik meistens unpassierbar!**

Harold Macmillan, brit. Premierminister



Der Vorstand

## Wahljahr hat begonnen

Eindrücke aus verschiedenen Veranstaltungen der CSU im Wahljahr 2017 mit „Sicherheit“ als Schwerpunktsthema.

Auf **Einladung von Dr. Steffinger MdB** hielt **Bundesinnenminister**

**de Maiziere** einen Vortrag zum Thema innere Sicherheit. Der Schwerpunkt lag da bei der Aufklärung des Publikums über die Unwegbarkeiten des Föderalismus und welche Anstrengungen gemacht werden um auf dem Gebiet der Sicherheit einen einheitlichen Standard für alle Bundesländer einzuführen. Auch auf der **Sicherheitskonferenz der CSU** mit dem **Bayerischen Innenminister Herrmann** wurden die Konzepte und Ziele ähnlich besprochen.



Staatsminister Herrmann hat die Situation in Bayern dargestellt und auch die Forderungen des Bundesinnenministers bekräftigt und die Sicherheit zum Thema

des bevorstehenden Wahlkampfes erklärt.

**Der Vorstandsvorsitzende Massoud Harun-Mahdavi**

hat im Rahmen der Podiumsdiskussion darauf hingewiesen, daß in den Augen von Nah-Ost-Experten die kriegsrische Außenpolitik der USA und einiger syrischer Anreinerstaaten, wie **Saudi Arabien, Qatar, Israel** und der **Türkei**, als die eigentliche Ursache für die heute festgestellte **Unsicherheit in Deutschland/Europa** gelten. Es wäre daher ein Fehler sich die Augen vor dieser Wahrheit zu verschliessen und die Politik ausschließlich auf innenpolitische Maßnahmen einzuschränken.

**Bürgermeister Josef Schmid** hat im Anschluß das Thema „Sicherheit“ im Kontext zur Landeshauptstadt München weiter ausgeführt, mit dem Fazit: **München ist die sicherste Stadt in Deutschland.**



S. Harun-Mahdavi  
München

## Bericht aus dem Bustan Club

Der Bustan Club hat in diesem Jahr bereits mehrere Veranstaltungen mit beachtlichem Erfolg durchgeführt. In der ersten Jahreshälfte nahmen die Club-Mitglieder am Newroz-Fest im Rathaus und an der Vortragsreihe Bustan Talks mit der Referentin D. S. Metzger zum Thema „Bargeldverbot und ihre Konsequenzen“ sowie der Abendveranstaltung des Clubs aus der Busniss-Club-Reihe im Emporio Armani Caffè und aktuell am 01. Juni an der sehr erfolgreichen zweiten Veranstaltung aus der Bustan Talks Reihe teil.



Im voll besetzten Saal und vor interessiertem Publikum aus der Freunde des Bustan Clubs hielten die beiden Gastreferenten Tobias Nickel (Dräxlmaier Group)

und Nader Faghihzadeh (BMW iCARS) ihre spannenden Vorträge mit professionellen Präsentationen zum Thema „Automobile Zukunft im Zeitalter des Autonomen Fahrens“.

Das Publikum hatte nach den Vorträgen die Möglichkeit an der Podiumsdiskussion aktiv mit Fragen teilzuhaben. Die Beharrlichkeit der Gäste bis kurz vor Mitternacht beweist die Aktualität des Themas, sowie das Interesse des Publikums für die Aktivitäten des Clubs.



Dies nimmt der Club zum Anlaß weitere Referentenveranstaltungen mit exklusiven Referenten zu anderen aktuellen Themen sobald wie möglich vorzubereiten.

Mehr Info unter [www.bustan.club](http://www.bustan.club)

**Ein Wohlfahrtsstaat ist ein Staat, in dem die Allgemeinheit auf Kosten der Allgemeinheit lebt!**

Sir David Eccles

## Bericht des Vorstands

**Newroz-Fest 2017**

Auch dieses Jahr durfte der Verein Leben und Leben Lassen e.V. das Rathaus München bei der Organisation des Newroz-Empfanges des OB's unterstützen.



Am 23. März waren über 100 geladene Gäste anwesend beim Empfang der Stadt München anlässlich des auch von Iranern gefeierte Norouz-Festes. Der Verein durfte sich bei der musikalischen Gestaltung sowie der traditionellen Dekoration des Haft-Sin-Tisches aktiv beteiligen.



Unser Vereinsvorsitzender und seine Frau haben auch dieses Jahr mit viel Passion und Engagement ein geschmackvolles Haft-Sin-Gedeck arrangiert. Bürgermeister Schmid (CSU) hat die aus unterschiedlichen Kulturkreisen stammenden Gäste, die gemeinsam das Nowrouz/Newroz/Norouz oder No-rooz bezeichnete Fest als ihr Neujahrsfest feiern, mit einer sehr ergreifenden

Rede unter Berücksichtigung der aktuellen politischen Situation, die auch die Stadt München mit ihrem hohen Anteil an Migrantinnen direkt betrifft, im Rathaus der Landeshauptstadt München begrüßt.



Im Anschluß stand Bürgermeister Schmid wie gewohnt den Gästen für deren Fragen und Anregungen in vielen Einzelgesprächen bereit. Es entwickelte sich eine sehr interessierte Diskussionsveranstaltung mit vielen persönlichen Kontakten.

Gemeinsam mit der Kurdischen Frauengruppe Nergiz-Narzisse e.V. wurde eine traditionelle musikalische Begleitung des Empfanges organisiert.

Die familiäre und angenehme Atmosphäre an diesem Abend wurde insbesondere durch die kurdischen und persischen Stücke traditioneller und moderner Musik und der hervorragenden Cateringverpflegung untermauert. Die in München und Umgebung sehr bekannte und erfolgreiche Gruppe PERSIX bot eine besonders festliche Stimmung mit einer musikalischen Reise durch die persische Musiklandschaft.

Der Verein Leben und Leben Lassen e.V. bedankt sich ganz herzlich bei Bürgermeister Josef Schmid und bei Dieter Mack (Chef des Protokolls der Landeshauptstadt München), sowie seiner Stell-



vertreterin Manuela Forster und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rathauses für deren tatkräftige Unterstützung bei der engagierten und würdigen Gestaltung dieses Empfanges im Zeichen des Respekts, der Toleranz und Verständigung zwischen den Kulturen.



Hans-Friedrich Frhr. von Solemacher  
Teisbach

## „50 Jahre im Dienst von Demokratie, Frieden und Entwicklung“

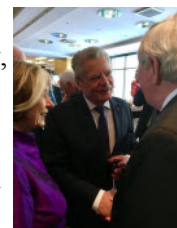
Am 21. Januar 1967 wurde Staatsminister Dr. Fritz Pirkel (1925-1993) in München zum 1. Vorsitzenden der Hanns-Seidel-Stiftung gewählt. Dies war der offizielle Beginn der nunmehr 50-jährigen Tätigkeit der CSU-nahen Stiftung. Pünktlich zu diesem Gründungsdatum feierte daher die Stiftung ihr Jubiläum in ihrem Konferenzzentrum in der Lazarettstraße in München mit über 500 Ehrengästen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Bayern. Zu diesen gehörten auch der Vorsitzende des Vereins



„Leben & Leben Lassen - zur Verwirklichung der Menschenrechte e.V.“ Dr. Massoud Harun-Mahdavi sowie „Denk'Mal!“-Redaktionsmitglied Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher, welcher als Stiftungsmitarbeiter von 1974 - 2010 im In- und Ausland tätig war.

Aus Berlin kam der Deutsche Bundespräsident Joachim Gauck und betonte in seiner Festrede die Bedeutung Politischer Bildung und moderner Massenmedien im postfaktischen Zeitalter. Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer zitierte aus der Stiftungssatzung: „Zweck sei die Förderung der demokratischen und staatsbürgerlichen Bildung des deutschen Volkes auf christlicher Grundlage“. Die politischen Stiftungen der Bundesrepublik seien darüberhinaus eine einmalige Plattform für deutsche Mandatsträger aller politischen Ebenen, auch im Ausland für den freiheitlichen Rechtsstaat und seine Errungenschaften einzutreten.

Stiftungsvorsitzende Professor Ursula Männle stellte in ihrer Begrüßungsrede den Namensgeber der Stiftung, Dr. Hanns Seidel und sein politisches Wirken vor, nachdem bereits in einem Kurzfilm die Festgäste viel über ihn und auch über das aktuelle Wirken der Stiftung erfahren konnten. In Anschluß an den Festakt gab es bei einem Empfang ausreichend Gelegenheit, auch die früheren Stiftungsvorsitzenden Staatssekretär a. D. Dr. Alfred Bayer und Staatsminister a. D. Dr. Hans Zehetmair sowie den Hauptgeschäftsführer Dr. Peter Witterauf zu treffen.



Bilderquelle: Alle in dieser Ausgabe verwendeten Bilder sind urheberrechtlich Eigentum der Redaktion

### Impressum:

#### Anschrift

Elektrastraße 24, 81925 München

#### Herausgeber

Verein Leben & Leben Lassen –  
zur Verwirklichung der Menschenrechte -  
e.V.

#### Chefredakteur

Massoud Harun-Mahdavi (V.i.S.d.P.)

#### Redaktion

Wilhelm Dietl  
Karl-Heinz Nagel  
Elisabeth Philipp  
Hans-Friedrich Frhr. v. Solemacher,  
Franz-Jochen Schoeller  
Peter Orzechowski  
Heinrich Wälischmiller

#### Büroleitung

Sasan Harun-Mahdavi

Verlag D.i.E.

### Über den Herausgeber:

Der im März 1993 ins Leben gerufene und als gemeinnützig geltende

**Verein Leben & Leben Lassen -  
zur Verwirklichung der Menschenrechte - e.V.**



mit Sitz in München ist, wie der Name sagt, ein Verein zur Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte.

Die Arbeit des Vereins basiert auf dem Verständnis der Menschenrechte, wie sie in den betreffenden Konventionen der Vereinten Nationen Niederschlag gefunden haben.

Jeder kann sich in Bezug auf Menschenrechtsfragen an den Verein wenden, der gleichzeitig Herausgeber der Zeitschrift „DENK! MAL!“ ist.

### Weitere Informationen erhalten Sie über

**Homepage:** [www.lebenundlebenlassen.org](http://www.lebenundlebenlassen.org)

**E-Mail:** [info@lebenundlebenlassen.org](mailto:info@lebenundlebenlassen.org)

**Tel.:** +49-89-3106999

**Fax:** +49-89-32155805

**Bankverbindung:** Kto Nr. 42 12 52 52

**Stadtparkasse München BLZ 70150000**

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.

Die Verantwortung für den Inhalt trägt der Verfasser.